

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

### **Notbremse für Ost-West-Achse: Die PARTEI bekräftigt ihre Position**

- **Ablehnung aller bisherigen Varianten**
- **Kritik an antiquierten Planungsgrundlagen**
- **Rechtliche Erwägungen und namentliche Abstimmung im Rat**

Köln, 10. Dezember 2024 – Die Kölner Ratsfraktion Die PARTEI (3 Sitze) hält an ihrem [Änderungsantrag zur Ost-West-Achse](#) fest. Sie fordert, die Beschlussvorlagen zum „Politischen Variantenentscheid Ost-West-Achse“ gänzlich ad acta zu legen. Die Verwaltung soll prüfen, wie ein zeitnaher und kostengünstiger Ausstieg aus dem Projekt erfolgen kann, und sodann die eingesparten Ressourcen zur Stabilisierung und Verbesserung des Kölner ÖPNV einsetzen. Diese Position bekräftigte der Fraktionsgeschäftsführer, Michael Hock, heute Vormittag auf einer Pressekonferenz.

#### **Kritik an der Verwaltungsvorlage**

Weder in der Beschlussvorlage noch in den insgesamt 776 Seiten der 67 Anlagen zur Beschlussvorlage wird der dringende Bedarf für dieses milliardenschwere Projekt nachvollziehbar dargelegt. *„Es kann nicht sein, dass wir hier ein Jahrhundertprojekt beschließen, ohne eine nachvollziehbare Bedarfsanalyse oder eine Einbindung in die städtische Gesamtplanung.“* Seine Fraktion könne daher weder Variante A (Tunnel) noch Variante B (oberirdisch) zustimmen. Die PARTEI will eine Variante C: Den Stopp der Planungen an diesem Punkt und eine Neuausrichtung mit Blick auf die Stabilisierung und Verbesserung des gesamtstädtischen ÖPNV.

#### **Kritik an den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen**

Die PARTEI wird Änderungsanträgen anderer Fraktionen nicht zustimmen. *„Es sei denn, wir erhalten ernst gemeinte Angebote, wie beispielsweise die Aussicht auf ein eigenes Dezernat“*, schränkt Hock ein. *„Dann könnten wir sogar mit dem antiquierten Belgienbündnis stimmen und so für eine saubere Mehrheit sorgen“*. Hock spielt auf den umfangreichen Änderungsantrag von CDU, SPD und FDP an, der mehr Tunnel als je zuvor fordert und in seiner Begründung auf einen Verkehrsgesamtplan von 1956 verweist. *„Das ist bezeichnend für die rückwärtsgerichtete Zukunftspolitik dieser drei Altparteien.“*

#### **Rechtliche Erwägungen und namentliche Abstimmung in Ratssitzung**

Allerdings sieht Hock rechtliche Hürden für eine ordnungsgemäße Behandlung dieses Änderungsantrags, denn der ist von der Ursprungsvorlage so weit entfernt, dass er als eigenständiger, neuer Antrag betrachtet werden muss. Außerdem berührt der neue Tunnelabzweig unter der Dürenerstraße die Zuständigkeit der Bezirksvertretung Lindenthal, die erst angehört werden muss, bevor der Rat entscheidet. Die PARTEI behält sich eine rechtliche Prüfung vor.

In der Ratssitzung am 12. Dezember will Die PARTEI eine namentliche Abstimmung der Änderungsanträge sowie der Beschlussvorlage verlangen. *„Wir wollen für die Kölnerinnen und Kölner und für zukünftige Generationen festhalten, wer zur Verantwortung zu ziehen ist.“*